

LATEINAMERIKA

(3) Rückblick auf die Malvinas/Falkland-Krise: politische Einschätzung, militärische Erkenntnisse

China hatte sich während der Auseinandersetzung um die aus rund 200 Inseln bestehenden Malvinas von Anfang an auf die argentinische Seite, also eines Landes der Dritten Welt, geschlagen. Die Inseln, die wichtig seien als Verkehrsknotenpunkt für die Seewege zwischen dem Atlantik und dem Pazifik, ferner als Versorgungsbasis für antarktische Expeditionen und neuerdings als Ölfundorte, seien 1833 von Großbritannien mit der Begründung besetzt worden, daß Engländer diese Inseln entdeckt hätten - ein Anspruch, der von Argentinien immer wieder bestritten wurde. China befürchtete, daß vor allem die Sowjetunion den Konflikt ausnützen könne; es trat entschieden für die umgehende Einstellung der militärischen Handlungen und für Verhandlungen zwischen beiden Streitparteien ein und verurteilte am Ende die "Kanonenboot-Politik" Großbritanniens, das als "untergehende imperialistische Macht" bezeichnet wurde (XNA, 2. und 3.6.82). Auch nach Rückeroberung der Inseln überwogen die "politischen Verluste" die "politischen Gewinne". Die britische Flotte habe rund ein Viertel ihrer Schiffe verloren, der Krieg habe Großbritannien vermutlich 1 Mrd. Pfund gekostet; die eroberten Inseln müßten nun lange Zeit mit hohen Kosten verteidigt werden - eine schwere Last für die ohnehin schon schwer angeschlagene britische Wirtschaft. Verloren hätten aber auch die USA, die europäischen Staaten und die NATO. Costa Rica habe u.a. vorgeschlagen, daß der Sitz der OAS von Washington wegverlegt werden solle; die Europäer, die den Briten eine Zeitlang politische und wirtschaftliche Unterstützung gewährten, müßten um ihre guten Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern fürchten; die NATO habe eine Zeitlang - infolge der Herausnahme britischer Schiffe - Flankenschutz eingebüßt und damit an Vertrauen verloren. Einziger Gewinner sei Moskau gewesen, dem es gelungen sei, den Zeigefinger auf die USA und auf Europa zu richten. Xinhua stimmt mit Generalleutnant Nutting, dem Chef des US Southern Command, überein, der den Falkland-Konflikt als "the wrong war at the wrong time in the wrong place with the wrong participants" bezeichnet hatte.

Bei einem Empfang der argentinischen Botschaft am 25. Mai erschienen hohe chinesische Vertreter, u.a. Außenminister Huang Hua und Qi Haotian, stellvertretender Generalstabschef!

Interessant auch die Einschätzung der "militärischen Lektionen" des Falkland-Kriegs, wie sie in der Volkszeitung (RMRB, 16.6.82) in einem Artikel von Guan Yanzhong wiedergegeben wird. Der Krieg habe die schwersten Luft- und Seegefechte im Atlantik seit dem Ende des 2. Weltkriegs mit sich gebracht. England habe 140 Flugzeuge und rund 27.000 Soldaten, Argentinien 200 Flugzeuge und rund 10.000 Mann eingesetzt. NATO-Experten hätten zugegeben, daß sie von den Ausein-

dersetzungen um die Falkland-Inseln militärisch mehr gelernt hätten, als vermutlich von allen Großübungen während der nächsten zehn Jahre zu erfahren gewesen wäre. Der chinesische Experte hebt vier Lektionen hervor:

Erstens: Präzise gesteuerte Waffen hätten die traditionellen Methoden des Seekriegs verändert. In dem Malvinas-Konflikt seien zum ersten Mal Geschosse des Weltraumzeitalters und höchstentwickelte elektronische Systeme eingesetzt worden. Präzise gesteuerte Raketen hätten eine Schlüsselrolle gespielt. Der Seekrieg werde in Zukunft wohl eine Art Versteckspiel sein. Kriegsschiffe warteten in weiten Entfernungen auf eine Gelegenheit zum Überraschungsangriff. Die Argentinier setzten französische Exocet-Raketen, die Briten Sea-Dart-Raketen ein sowie die US Sidewinder-Rakete. Am sensationellsten sei die Zerstörung des Raketenzerstörers "Sheffield" gewesen, der einem Exocet-Geschoß zum Opfer fiel, das aus einer Entfernung von rund 60 km abgeschossen worden war.

Zweitens: Voraussetzung für kriegsentscheidende Schläge seien präzise Auskundschaftung und Nachrichtenübermittlung. Wenn die Briten gewonnen hätten, so verdankten sie dies ihrer Überlegenheit auf diesem Gebiet. Allerdings habe es auch auf britischer Seite Koordinationsschwierigkeiten zwischen Raketenanlagen und Radarsystemen gegeben.

Drittens: Der menschliche Faktor sei trotz aller Waffentechnik nach wie vor ausschlaggebend. Die Argentinier beispielsweise hätten ihre Unterlegenheit z.T. durch erhöhte Motivation wettgemacht.

Viertens: Auch die Schiffsgrößen müßten künftig überlegt werden. Gefragt seien kleine Überwasser-Schnellboote mit Raketenrüstung, die mit Luftverteidigungssystemen eng gekoppelt seien, sowie hocheffektive U-Boote mit konventioneller Waffenausstattung. Flugzeugträger sind nur insoweit brauchbar, als sie über ausreichendes Verteidigungspotential verfügen.

Künftig seien kleine Schnellboote erwünscht, die wenig kosteten. Dies sei eine Lehre aus der Tatsache, daß ein Exocet-Geschoß zu einem Preis von 200.000 \$ ein Kriegsschiff mit einem Wert von 200 Mio. \$ versenkt habe. Künftig dürften die Aufbauten auch nicht mehr aus Aluminium erstellt werden, da dieses zu leicht die Beute von Flammen wird.

Offensichtlich sieht sich die chinesische Marine mit ihrer Seegurilla-Taktik durch den Falkland-Konflikt bestätigt. Auch die Forderung nach kleinen, billigen und schnellen Einheiten kommt der chinesischen Wirtschaftslage entgegen. Sorgen allerdings dürfte der chinesischen Führung nach wie vor die Einsicht bereiten, daß hochmoderne Koordinationssysteme und Raketentechnik immer unentbehrlicher werden. Hier besteht gewaltiger Nachholbedarf!

-we-

ASIEN

(4) Ministerpräsident Zhao Ziyang in Japan

Am 31. Mai 1982 traf der chinesische Regierungschef Zhao Ziyang zu einem sechstägigen Besuch in Japan ein. Der japanische Ministerpräsident Suzuki Zenko hatte während seines Aufenthaltes in Beijing 1981 Zhao aus Anlaß der Feiern zum zehnjährigen Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und China eingeladen. Mit Zhao Ziyang kam zum drittenmal innerhalb der vergangenen zehn Jahre einer der höchsten chinesischen Regierungsmitglieder nach Japan: 1978 hatte der damalige Vize-Premier Deng Xiaoping Tokyo besucht, 1980 war Ministerpräsident Hua Guofeng in Japan. Der chinesischen Delegation gehörten außer Zhao Außenminister Huang Hua, der Leiter der Staatlichen Wirtschaftskommission, Zhang Jingfu und dreizehn andere Regierungsvertreter und Beamte an (XNA, 4.6.82). Nach einer Serie von Gesprächen mit der japanischen Regierung folgte eine Reihe von Werksbesichtigungen, und schließlich besichtigten die chinesischen Gäste Sehenswürdigkeiten in Nara und Kyoto.

Ministerpräsident Zhao bezeichnete als Hauptzweck seiner Reise einen intensiven Meinungsaustausch über die Einschätzung der internationalen Lage sowie über den Stand der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Schon in der ersten Gesprächsrunde wurde deutlich, daß China offenkundig über die amerikanische Chinapolitik so tief verstimmt ist, daß sich eine Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik abzeichnet. Zhao warf den USA vor, daß sie trotz des Besuches von Vizepräsident George Bush in Beijing nichts unternähmen, um das Problem der Waffenverkäufe an Taiwan zu lösen - Differenzen zwischen beiden Seiten bestünden nach wie vor und die Krise sei keineswegs vorüber (XNA, 1.6.82). Die japanische Seite ist über das fortdauernde gespannte Verhältnis zwischen den USA und China besonders besorgt: Es besteht in Japan die Befürchtung, daß sich daraus auf längere Sicht eine Wiederannäherung zwischen China und der Sowjetunion ergeben könnte - eine Gefährdung der japanischen Sicherheitsinteressen wäre dann unvermeidlich. Zhao konnte seine Gastgeber beruhigen: Die Verschlechterung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen sei nicht die Folge einer Intensivierung der Beziehungen zu den USA, und ein Wechsel in diesen Beziehungen werde keinen Einfluß auf das chinesische Verhältnis zur Sowjetunion haben (XNA, 1.6.82; The Japan Times, 1.6.82).

Obwohl die USA eine Geste des guten Willens gegenüber Beijing machten, als amerikanische Politiker ihren Widerstand innerhalb der COCOM (Coordinating Committee for Export Control) gegen den Verkauf eines japanischen Großcomputers der Firma Hitachi (M-180) aufgaben, bleibt die chinesische Regierung tief verstimmt (The Japan Times, 23.5.82). Zweifel an der Verlässlichkeit der USA hat anscheinend einen strategischen Umdenkprozeß ausgelöst. 1981 bereits verwendete ein hoher Beamter des chinesischen Außenministeriums gegenüber japanischen Journalisten zur Kennzeichnung der ameri-

kanischen Außenpolitik wieder den Begriff "hegemonistisch", einen Ausdrück an Bedeutung gewinnen als ein wirtschaftlich äußerst leistungsfähiges Land der Zweiten Welt, das zudem der Sowjetunion gegenüber äußerst mißtrauisch agiert. Der Besuch Zhaos war dann auch von fast überschwänglichen Freundschaftsbekundungen begleitet, wenn auch hier und dort noch von "ungelösten Problemen" (Mainichi Shim-bun, 4.6.82) die Rede war und der Schock über die abrupte Annullierung der Baoshan-Verträge wohl in Japan noch nachwirkt. Dennoch war es zutreffend, wenn beide Seiten hervorhoben, daß inmitten einer krisengeschüttelten Welt die chinesisch-japanischen Beziehungen bemerkenswert stabil seien (XNA, 30.5.82). Der japanische Regierungschef wies jedoch auf die unterschiedlichen historischen Entwicklungen und die verschiedenen Gesellschaftssysteme beider Länder hin und warnte davor, freundschaftliche Beziehungen als selbstverständlich zu betrachten; große und gemeinsame Anstrengungen für den weiteren Ausbau und die Stabilisierung der Beziehungen seien nötig (XNA, 1.6.82). Auch Zhao betonte die Notwendigkeit, in den 80er Jahren die freundschaftlichen Kontakte zu verstärken.

Wie Deng Xiaoping und Hua Guofeng schon vor ihm reizte auch Zhao Ziyang seine Gastgeber mit einem demonstrativen Besuch bei dem früheren Ministerpräsidenten Tanaka, der wegen passiver Bestechung und Devisenvergehen vor Gericht steht und mit einer Verurteilung rechnen muß. Während Tanaka in der japanischen Öffentlichkeit als Personifizierung politischer Korruption heftig kritisiert wird, ist er für Chinas Politiker unverändert "ein weit-sichtiger japanischer Staatsmann, dessen China-Besuch im Jahre 1972 eine neue Seite in den Annalen der Freundschaft zwischen China und Japan aufgeschlagen habe." (XNA, 1.6.82/DW-MD, 2.6.82)

Japan hat sich in den vergangenen Jahren bemüht, China für eine flexiblere Haltung in der Kampuchea-Problematik zu bewegen, leider aber blieb der Erfolg aus. Im Unterschied zur VR China - und auch den USA - möchte Japan Vietnam einen Rückweg aus dem engen Bündnis mit der Sowjetunion offenhalten und steht deshalb z.B. der amerikanischen "Ausblutungspolitik" skeptisch gegenüber. Unter diesem Aspekt dürften die Stellungnahmen Zhaos bei seinem Besuch wenig ermutigend gewesen sein: China ist der Ansicht, daß Vietnam noch immer nicht Probleme genug aus seiner Invasion Kampuchees hat, also der Druck verstärkt werden muß, damit die vietnamesischen Truppen abgezogen werden (The Japan Times, 1.6.82). China tritt zwar für eine politische Lösung der Kampuchea-Frage ein, verlangt aber einen vorherigen Abzug der Truppen Vietnams. Konsequenterweise stellte

Zhao unter solchen Bedingungen auch fest, daß "die Zeit noch nicht reif für eine politische Lösung" sei (XNA, 1.6.82). China strebt ein neutrales, bündnisfreies Kampuchea an, welches sich der ASEAN anschließen sollte, falls diese Länder zustimmen (ebd.).

Japanische Wirtschaftsführer waren seit Jahrzehnten treibende Kraft bei der Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen, und so war es fast selbstverständlich, daß Zhao Ziyang Grundsätze der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und China vor den Repräsentanten von sechs Wirtschaftsverbänden erläuterte. Zhao betonte die Notwendigkeit japanischer Unterstützung bei den vier Modernisierungen, er hob aber auch hervor, daß "Chinas wirtschaftlicher Aufbau zur Hauptsache auf eigenen Anstrengungen beruht; gleichzeitig aber muß China von den Stärken Anderer lernen und an seiner Politik der offenen Tür festhalten." (XNA, 2.6.)

Die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sollen auf drei Grundsätzen beruhen:

1. Tatkräftige Weiterentwicklung dieser Beziehungen auf der Grundlage der derzeitigen friedlichen und freundschaftlichen Bande sowie in Übereinstimmung mit der chinesisch-japanischen gemeinsamen Erklärung von 1972 und dem chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1978.
2. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Japan sollten in Umfang und Intensität ständig weiterentwickelt werden, und zwar entsprechend dem Grundsatz der Gleichheit und des beiderseitigen Nutzens sowie auf der Grundlage der jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten, um so zur Deckung der Bedürfnisse des jeweils anderen beizutragen und die Mängel des jeweils anderen auszugleichen.
3. Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Japan sollte langfristig und stabil und unempfindlich gegen internationale Stürme sein. Ferner sollte sie mit den grundlegenden Interessen der Völker beider Länder sowie deren Bestrebungen nach einer die Generationen überdauernden Freundschaft übereinstimmen.

(XNA, 1.6.82/DW-MD, 2.6.82)

Insgesamt blieb der Besuch ohne konkrete Ergebnisse - weitere chinesische Kreditwünsche wurden von japanischer Seite mit vorsichtiger Zurückhaltung aufgenommen, und auch ein Abkommen zur Investitionssicherung sowie ein Doppelbesteuerungsabkommen wurden lediglich für eine möglichst nahe Zukunft in Aussicht genommen; eine Möglichkeit für weitere Konkretisierungen könnte sich ergeben, wenn der japanische Ministerpräsident Suzuki im September China besucht.

-po-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(5) Amerikanerin wegen "Entwendung chinesischer Geheiminformationen" verhaftet und ausgewiesen

Die amerikanische Staatsbürgerin Lisa Wichser wurde am 28. Mai 1982 von chinesischen Sicherheitskräften wegen angeblicher "Entwendung chinesischer Geheiminformationen" verhaftet und am 3. Juni unter der Bedingung freigelassen, binnen 48 Stunden China zu verlassen (XNA, 3.6.82). Die 29jährige Lisa Wichser war seit Juni 1980 als Dozentin für Englisch in Beijing tätig und arbeitete nebenbei an einer Dissertation über die neue chinesische Landwirtschaftspolitik. Die Amerikanerin hatte sich während ihres dreijährigen China-Aufenthalts einen großen chinesischen Bekanntenkreis geschaffen und regelmäßig Volkskommunen besucht, um Material für ihre Doktorarbeit zu sammeln. Darüber hinaus hatte sie sich durch chinesische Bekannte in den Wirtschaftsbehörden Unterlagen über die aktuelle Wirtschaftspolitik besorgen lassen. Dabei war ihr möglicherweise auch ihr chinesischer Verlobter, der Ökonomie-Forschungsstudent Yi Xie-gong behilflich. Frau Wichser hatte vor einigen Wochen um die Erlaubnis nach-gesucht, den Studenten zu heiraten (nach H. Opletal, in HAZ, 4.6.82).

Die Beschaffung von behördlichen Unterlagen durch chinesische Bekannte dürfte möglicherweise den Grund bzw. den Vorwand für die offizielle Beschuldigung der "Entwendung chinesischer Geheiminformationen" dargestellt haben. Freilich ist kaum vorstellbar, daß chinesische Kader niedrigen Rangs an - nach unseren Maßstäben - wirkliche Geheimdokumente herankommen, geschweige denn, sie an Ausländer weitergeben können. Äußerst problematisch wirkt sich hierbei jedoch die offizielle Geheimhaltungsneurose aus, nach der alles "geheim" ist, was nicht ausdrücklich zur Veröffentlichung freigegeben wurde. So bewegen sich denn auch nicht wenige ausländische Wissenschaftler, die in China arbeiten, am Rande der Legalität, da sie oft nur über persönliche Beziehungen brauchbares Material für ihre Forschungen finden. Ähnlich dürfte es ausländischen Journalisten gehen, für die die Verhaftung von Frau Wichser möglicherweise eine Warnung vor zu engen Beziehungen mit Chinesen darstellen soll.

Harte Strafen drohen jenen chinesischen Staatsbürgern, die nicht oder noch nicht zur Veröffentlichung freigegebenes Material an Ausländer weitergeben: So wurde im März 1982 der 64jährige stellvertretende Chefredakteur von "Chinas Handel und Finanzen" (Zhongguo caimao bao), Li Guangyi, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er nach Ansicht des Gerichts gegen die Geheimhaltungsvorschriften verstoßen hatte. Li soll im Juni 1981 Informationen über Zeit, Ort, Tagesordnung, Dokumente und Debatten der 6. Plenartagung des XI. ZK (27.-29.6.81) an Ausländer weitergegeben haben. Darüber hinaus soll er Ausländern Einzelheiten über die 17. Sitzung des Ständigen NVK-Ausschusses (25.2.-6.3.81) mitgeteilt haben (RMRB, 28.3.82).

Obwohl Li Guangyi wahrscheinlich nur solche Informationen weitergeben konnte, die nach den beiden Tagungen ohnehin veröffentlicht wurden, handelte es sich hierbei um einen Verstoß gegen die sehr eng gefaßten Geheimhaltungsvorschriften der VR China. Gemäß den "Vorläufigen Bestimmungen über den Schutz von Staatsgeheimnissen" vom Juni 1951 fallen unter "Staatsgeheimnisse" all jene staatlichen Angelegenheiten, über deren Veröffentlichung noch nicht entschieden wurde oder die noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben worden sind (§ 2, Abs.16). Daß Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Chinas zu den Staatsgeheimnissen zählen, ist in den Bestimmungen nicht explizit festgelegt. Die in Verfassung und Parteistatut festgeschriebene absolute Führung der KPCh über den Staat beinhaltet jedoch de facto, daß auch und gerade Interna der Partei zu den Staatsgeheimnissen zählen. Dies klingt auch in § 8 der "Vorläufigen Bestimmungen..." an, in dem von "allen wichtigen Tagungen" die Rede ist, deren Interna nicht weitergegeben werden dürfen, sofern dies nicht ausdrücklich offiziell beschlossen worden ist. In einem Kommentar des ZK-Organ "Volkszeitung" zur erneuten Veröffentlichung der "Vorläufigen Bestimmungen..." am 11. April 1980 wurden diese Bestimmungen auch für "Partei-geheimnisse" als gültig erklärt (vgl. BRU, 18.5.82, S.3). Das Strafmaß für Verstöße gegen die Geheimhaltungsvorschriften ist in § 186 des Strafgesetzbuches festgelegt: "Wer als Bediensteter des Staates unter Verstoß gegen staatliche Geheimhaltungsgesetze und -vorschriften wichtige Staatsgeheimnisse preisgibt, wird in schwerwiegenden Fällen mit Gefängnis bis zu sieben Jahren, Gewahrsam oder Entzug der politischen Rechte bestraft. Wer nicht Bediensteter des Staates ist und vorstehende Straftat begeht, wird nach Maßgabe der obigen Bestimmungen entsprechend den Umständen bestraft." -sch-

INNENPOLITIK

(6) Neues Staatsratsorgan für wirtschaftliche Sonderzonen

Einer Meldung der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitung "Wenhui bao" vom 24. Juni 1982 zufolge hat der Staatsrat ein Büro für Sonderzonen eingerichtet (nach SWB, 26.6.82). Das direkt der Zentralregierung unterstehende Staatsorgan soll sich mit allgemeinen Entwicklungs- und Verwaltungsfragen der vier wirtschaftlichen Sondergebiete Shantou, Shekou, Shenzhen und Zhuhai beschäftigen und entsprechende Erfahrungen anderer Länder verwenden, um ein besseres Investitionsklima für ausländische Unternehmen zu schaffen. Größere Projekte, die mit Hilfe von Auslandsinvestitionen in den Sonderzonen realisiert werden sollen, bedürfen der Prüfung durch das neue Staatsratsorgan.

Leiter des Büros des Staatsrats für Sonderzonen ist Ministerpräsident Zhao Ziyang - ein Indiz dafür, daß dem neuen Staatsratsorgan eine besondere Bedeutung beigemessen wird (Zhao ist gleichzeitig Vorsitzender der Zentralen Kommission für die Reform des Wirt-

schaftssystems). Zhao Stellvertreter ist Staatsratskommissar Gu Mu, der für die Routinearbeit zuständig ist. Darüber hinaus gehören dem Büro für Sonderzonen folgende acht Mitglieder an: He Chunlin, Zhang Ge, Hua Yan, Tan Hanhuai, Zhao Shan, Liu Wenzhe, Zhao Guiying (w.) und Shi Yue. -sch-

(7) V.KPCh-Kongreß der zentralen Staatsorgane

Der V.Kongreß der KPCh-Organisationen innerhalb der zentralen Staatsorgane fand vom 25. bis 30. Juni 1982 in Beijing statt. Die Delegierten wählten die Mitglieder des V.Parteikomitees der zentralen Staatsorgane sowie die Abgeordneten für den XII.Parteitag der KPCh (RMRB, 1.7.82). Das Parteikomitee der zentralen Staatsorgane war erst 1980 provisorisch wiedereingerichtet worden, nachdem es im Verlauf der Kulturrevolution offenbar aufgelöst worden war. Die Parteiorganisation der zentralen Staatsorgane ist den Parteiorganisationen auf Provinzebene gleichgestellt - deshalb entsendet auch sie direkt Delegierte zum Nationalen Parteitag der KPCh. -sch-

(8) Forderung nach Ausrichtung der KPCh-Basisorganisationen

Auf einer von der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh einberufenen Konferenz ist die Notwendigkeit der politischen Ausrichtung aller Basisorganisationen der Partei unterstrichen worden (RMRB, 27.6.82). Basisorganisationen (jiceng zuzhi) der Partei gibt es in allen gesellschaftlichen Grundeinheiten (danwei), darunter in Fabriken, Volkskommunen, Handelsorganisationen und Schulen. Bei der praktischen Durchsetzung des von der Parteizentrale beschlossenen politischen Kurses kommt den Führungsgremien der KPCh-Basisorganisationen eine besondere Bedeutung zu: Sind sie nicht mit politisch zuverlässigen Kadern besetzt, erweist sich auch die beste Politik als undurchführbar. Für eine effiziente Kontrolle des Parteiapparats und eine erfolgreiche Implementierung des offiziellen Parteikurses ist es daher unabdingbar, neben den Führungsgremien der zentralen, regionalen und lokalen Ebenen auch die der Grundeinheiten nach dem politischen Willen der Mehrheitsfraktion im Zentralkomitee bzw. im Politbüro auszurichten.

Gegenwärtig zählen die KPCh-Basisorganisationen mehr als zwei Millionen. Die Mehrzahl von ihnen soll mittlerweile auf den nachmaoistischen Kurs eingeschwenkt sein (ebenda). Auf der von der ZK-Organisationsabteilung einberufenen Konferenz wurde jedoch beklagt, daß es in einer Reihe von Basisorganisationen noch z.T. erhebliche politische Probleme gäbe. Dem Bericht über die Konferenz in der "Volkszeitung" zufolge sind es vor allem zwei Dinge, die der Parteiführung Schwierigkeiten bereiten:

- Widerstand gegen den offiziellen Parteikurs und
- Wirtschaftskriminalität und dekadente Lebensführung.

Widerstand gegen die Politik der Deng-Fraktion bzw. mangelhafte Umsetzung

von Beschlüssen der Parteizentrale scheint insbesondere im Bereich der Landwirtschaft verbreitet zu sein. Verschiedenen Berichten der Provinz-Rundfunksender in den letzten Monaten zufolge gibt es im wesentlichen drei Arten von politischem Fehlverhalten unter den landwirtschaftlichen Basiskadern:

1. Linke Fehler: Die verschiedenen Verantwortlichkeitssysteme (Produktionsquoten- bzw. Pachtverträge über die individuelle Bewirtschaftung kollektiveigenen Bodens) werden nicht oder nur unvollständig eingeführt, da sie als "Rückkehr zum Kapitalismus" abgelehnt werden.
2. Opportunismus: Jedweder Entwicklung wird freien Lauf gelassen, da Unsicherheit über die Gültigkeitsdauer des derzeitigen Kurses besteht und deshalb kein klarer Standpunkt bezogen wird.
3. Rechte Fehler: Die Aufteilung der Kollektivfelder in Privatbesitz wird zugelassen, so daß der kollektivwirtschaftliche Charakter der Landwirtschaft verlorengeht.

Unter diesen drei politischen Fehlverhalten einer ungenannten Zahl von landwirtschaftlichen Basiskadern der KPCh scheint der Widerstand von links, d.h., von Vertretern des maoistischen Entwicklungsmodells, am häufigsten zu sein.

In dem Bericht und in dem begleitenden Kommentar der "Volkszeitung" über die besagte Konferenz heißt es, daß der Dreh- und Angelpunkt der Ausrichtung der KPCh-Basisorganisationen in der Säuberung der Führungsgremien dieser Parteiorganisationen von kulturrevolutionären Emporkömmlingen, Anhängern des maoistischen Entwicklungswegs und von Wirtschaftsdelinquenten besteht: "Erst wenn die Führungsgremien der Basisorganisationen der Partei erfolgreich ausgerichtet worden sind, ist die Ausrichtung anderer Aspekte wirklich gewährleistet." - Offenbar soll die politische Eliminierung der maoistischen Linken auf den untersten Ebenen verstärkt in Angriff genommen werden (vgl. C.a., März 1982, S.127: 2.2.4., und C.a., April 1982, Ü 19).

-sch-

(9) Zwei Guangzhouer Oppositionelle zu hohen Haftstrafen verurteilt

Die beiden Guangzhouer Oppositionellen Wang Xizhe und He Qiu sind nach über einjähriger Untersuchungshaft Ende Mai 1982 zu extrem hohen Haftstrafen verurteilt worden (siehe u.a. Qishi niandai, 1982/Nr.7, S.33-34):

- Wang Xizhe, einer der Autoren der berühmten Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus", wurde am 28. Mai u.a. wegen "Teilnahme an einer konterrevolutionären Vereinigung" und "Aufruf zum Sturz der Diktatur des Proletariats" zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt.
- He Qiu, Redakteur der mittlerweile verbotenen Zeitschrift "Der Weg des Volkes" (Renmin zhi lu), wurde am 29. Mai u.a. wegen "aufrührerischer konterrevolutionärer Veröffentlichungen" zu 10 Jahren Haft verurteilt.